

#### 4. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 28.01.2020

##### Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

---

**Gegenstand: Resolution des Speyerer Stadtrates zur Kommunal- und Verwaltungsreform**  
**[Vorlage: 0212/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass es Ziel ist, den Entwurf des Städtetages RLP auch bei den anderen Kommunen wortgleich zu beschließen.

Aus Sicht von Herrn Dr. Wilke ist die Lage der Kommunen nach dem Vortrag des geschäftsführenden Direktors des Städtetages vor dem Stadtrat überdeutlich. Er wirft die Frage auf, warum Neustadt in der Auflistung fehlt. Die CDU wird der Resolution zustimmen.

Auch die SWG wird laut Frau Selg zustimmen. Die Entscheidungen sollte man in der Stadt lassen, der Schwerpunkt ist die kommunale Selbstverwaltung.

Daneben sollte man aus Sicht von Herrn Oehlmann im Fokus behalten, was die Frage eines Stadtkreises Speyer angeht. Die Vorsitzende verweist auf den früheren Kreis Speyer in den 60er Jahren. Im Moment beschäftigt man sich mit der Uni Speyer und dem Städtetag mit dieser Frage, auch hinsichtlich Themenfeldern wie Finanzierungsmöglichkeiten und -schlüssel.

Frau Münch-Weinmann unterstreicht die Zustimmung der Grünen in den drei Aspekten. Die Weiterbehandlung sollte auf Ebene der kommunalen Spitzenverbände laufen.

#### 4. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 28.01.2020

##### Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

---

### **Gegenstand: Dezernatsverteilung - Beigeordnetenstellen**

[Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.](#)

Die Vorsitzende informiert darüber, dass für die hauptamtliche Stelle derzeit 2 Bewerbungen vorliegen. Die Wahl könnte in der März-Sitzung des Stadtrates erfolgen. Das Vorschlagsrecht liegt bei den Fraktionen. Sie kündigt eine offizielle Rückmeldung nach Ende der Bewerbungsfrist an.

Zur möglichen Dezernatsverteilung verweist sie auf den Entwurf in der Vorlage; danach verbleibt der Bereich Digitales in der Hauptverwaltung, allerdings unter Dezernat IV. Der Klimaschutz wechselt zu FB 2-250 und damit in das Dezernat III.

Die FDP nimmt den Vorschlag laut Herrn Oehlmann zur Kenntnis; die Fraktion zeigt sich zufrieden, dass eine Einigung erzielt werden konnte.

Frau Dr. Mang-Schäfer möchte wissen, ob ehrenamtlichen Dezernenten keine Personalführung zugebilligt wird. Laut Vorsitzender besteht im Themenfeld Digitale Verwaltung eine enge Verknüpfung zum Organisationsbereich (20 % IT, 80 % Orga). Perspektivisch werden in diesem Bereich sicherlich noch mehr Stellen benötigt, so dass er schlussendlich zu einer eigenen Abteilung aufwachsen könnte. Auch Frau Selg spricht von einem guten Start der großen Reise „Digitalisierung“ für Speyer 4.0.

Bündnis 90/Die Grünen sind laut Frau Münch-Weinmann mit der Verteilung einverstanden und begrüßen insbesondere die Verlagerung des Klimaschutzes.

Herr Brandenburger erklärt, die SPD nehme den Entwurf ebenfalls zur Kenntnis

Zur Besetzung der ehrenamtlichen Beigeordnetenstelle teilt die Vorsitzende mit, dass die ADD von einer freiwilligen Leistung ausgeht. Bis 17.02. muss durch die Stadt ein überarbeiteter Haushaltsplan bei der ADD eingereicht sein. Nach dem „Haken“ durch die ADD könne die Diskussion darüber beginnen. Vorsichtig optimistisch rechnet sie mit Frühjahr 2020. Unmittelbar danach könne man in den Ältestenrat und die Beratung darüber gehen.

Herr Dr. Wilke reklamiert die Achtung vor der kommunalen Selbstverwaltung. Die CDU besteht darauf, dass beide Stellen im März gewählt werden. Er könne sich nicht vorstellen, dass die ADD derart in diesen evidenten Bereich eingreifen wird. Die Vorsitzende kündigte eine Rückfrage und Bericht im Stadtrat 06.02.2020 an.

Frau Selg sieht die Verwaltung in der Verantwortung, das mit der ADD zu klären.

Auch Herr Brandenburger spricht von einem groben Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung und hinterfragt die Zeitprognose der ADD für eine Haushaltsgenehmigung.

Herr Haupt hingegen sieht angesichts eines geplanten Defizits von 10 Mio. € den Bedarf einer regulierenden ADD.

Herr Dr. Wilke möchte wissen, ob ein Nachtragshaushalt gefordert wird. Die Verwaltung wird nur eine Vorlage mit den Veränderungen zur Sitzung am 06.02.2020 vorlegen. Herr Brandenburger stellt fest, die Vorschläge der Arbeitsgruppe lägen ja bereits vor.

Die Vorsitzende fasst zusammen: die Dezernatsverteilung findet Zustimmung, über die Besetzung der ehrenamtlichen Beigeordnetenstelle wird nächste Woche berichtet.

#### 4. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 28.01.2020

##### Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

---

**Gegenstand: Bau einer weiteren Rheinquerung zur Salierbrücke;  
Prüfantrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 04.11.2019  
[Vorlage: 0207/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der FDP liegt das Thema laut Herrn Oehlmann schon seit Jahren auf der Seele und das Problem werde durch die Sperrung der Salierbrücke überdeutlich. Die Infrastruktur sei für das Verkehrsaufkommen der Zukunft nicht ausreichend. Speyer wächst und der Verkehr nimmt zu, egal wie er sich dabei gestaltet. Er ist mit dem Vorschlag einer Resolution einverstanden und für weitere Vorschläge dankbar; es sollte dann auch ein Sachstandsbericht durch den Stadtvorstand nach ca. 6 Monaten erfolgen, wie das Land dazu steht.

Frau Münch-Weinmann erklärt, die Grünen werden eine solche Resolution nicht mittragen, weil die Probleme dadurch nicht gelöst werden. Gewollt ist eine nachhaltige Verkehrsentwicklung, keine zusätzlichen Straßen für den Autoverkehr.

Die Linke Speyer wirbt nach Herrn Popescu schon länger für eine solche Lösung, anders als die Landespartei. Der ÖPNV sei nicht ausreichend ausgebaut, die Infrastruktur für Verkehr und Gewerbeverkehr reiche nicht aus. Man sollte die finanzielle Beteiligung der gewerblichen Nutznießer solcher Maßnahmen in Betracht ziehen.

Herr Brandenburger erinnert für die SPD daran, dass ein erster Schritt heute eine Brücke in vielleicht 20 Jahren bedeutet. Er sieht darin ein Zukunftsprojekt.

Frau Selg hinterfragt seitens der SWG, was die FDP wirklich geprüft haben will. Gespräche der OB mit der Landesregierung werden ja geführt. Ein solches Projekt sei Landesaufgabe, deshalb sei wichtig, was plant die rot-gelb-grüne Landesregierung. Als Pendlerin sieht sie den Bedarf an einer Mobilitätskonzeption, eine Brücke sei nur ein Teil davon. Mehr Straßen bringen nur mehr Verkehr.

Herr Jaberg wirft ein, man müsse die Mobilität der Zukunft anders denken und auch mit anderen Verkehrsmitteln planen, z.B. der Bahn.

Aus Sicht der AfD erklärt Herr Haupt, die Verteufelung der Autofahrer müsse aufhören. Ob nun mit Verbrenner, elektrisch oder mit Wasserstoff, der Individualverkehr werde bleiben. Eine Brücke ist notwendig und darf gerne auch noch etwas breiter sein für den ÖPNV.

Herr Dr. Wilke möchte wissen, wie das die OB sieht. Diese informiert über ein Gespräch mit dem zuständigen Staatssekretär. Die Stadt sei nicht autorisiert. Der Rat könne aber einen Appell an die Regionalplanung richten. Der Bereich Schiene sei wegen der Trassenführung kompliziert. Ein Brückenvorhaben muss in den Bundesverkehrswegeplan. Dabei müsse die Verkehrsentlastung durch die Regionalplanung geprüft werden. Herr Dr. Wilke hinterfragt, ob dies ein vernünftiger Verhandlungsauftrag sei und über was denn überhaupt gesprochen wird. Es schließt sich eine inhaltliche Diskussion um die Vorlage an.

Frau Dr. Mang-Schäfer erfragt, ob es helfen würde, wenn die Fraktionen eine gemeinsame Resolution verabschieden würden. Die Stadt ist laut Vorsitzender nicht verantwortlich für den Bau einer Rheinquerung. Es könne aber einen gemeinsamen Impuls für die weiteren Gespräche mit dem Land geben.

Herr Popescu verliest nochmals den Verwaltungstext der Verwaltungsvorlage. Völlig klar sei, dass der FDP-Antrag so nicht auf die Tagesordnung des Rates komme, sondern eine

gemeinsame Resolution vorgeschlagen werde. Die Verfasserfrage von Herrn Dr. Wilke beantwortet die Vorsitzende mit der Verwaltung, wenn ein konkreter Auftrag dazu besteht.

Frau Münch-Weinmann unterstreicht, man votiere weiter in jedem Fall gegen eine weitere Brücke für Autos; in Betracht käme nur eine Fußgänger- oder Radfahrerlösung.

Frau Selg hält eine Resolution für sinnvoll, die einer übergeordneten Mobilitätskonzeption für die Zukunft dient, nicht nur für Fußgänger oder Radfahrer. Sie solle auch eine Verkürzung der Sanierungszeit für die Salierbrücke beinhalten.

Der FDP war laut Herrn Oehlmann bei Antragstellung klar, dass dieser so nicht durchgeht. Man wollte aber einen Anstoß geben; dabei sei man auch für andere Gedanken offen. So war es auch wohl von Ministerialseite angedacht, insoweit beurteilt er die Verwaltungsvorlage positiv.

Die Vorsitzende fasst die Diskussion zusammen, die Verwaltung werde einen Vorschlag mit Zeitschiene vorlegen.

#### 4. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 28.01.2020

##### Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

---

**Gegenstand: Berufung von Beauftragten für Menschen mit Behinderungen -  
Ausschreibung**  
**[Vorlage: 0209/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende erläutert nochmals den Vorschlag der Ausschreibung von Beauftragten-Funktionen, auch zur Schaffung von Transparenz, wie früher im Rat gefordert. Die Vorauswahl für die Wahl durch den Rat könne durch den Sozialausschuss erfolgen.

Frau Münch-Weinmann erläutert, die Grünen können dem zustimmen. Wichtig sei für Sie der Bericht der Behindertenbeauftragten. Auch in Richtung Behindertenbeirat oder auch Beirat für Teilhabe sollte dabei gedacht werden.

Herr Brandenburger beurteilt das Vorgehen positiv. Es könne auch für andere Bereiche Anwendung finden, z.B. den/die Fahrradbeauftragte(n). Ein Behindertenbeirat sei durch die SPD bereits beantragt, durch die Ratsmehrheit damals aber abgelehnt worden.

Frau Dr. Mang-Schäfer fragt nach einem „Einheimischenmodell“ gegenüber auswärtigen Bewerberinnen und Bewerbern. Die Vorsitzende erwartet, dass der Sozialausschuss darauf Wert legen wird.

Auch Herr Haupt gibt zu Protokoll, dass die AfD-Fraktion zustimmen wird; auch in Bezug auf einen Beirat.

Die Verwaltung wird die Vorlage für die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 06.02.2020 nachreichen.

#### 4. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 28.01.2020

##### Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

---

#### **Gegenstand: Digitalisierung Vorlagen/Anlagen, Protokolle in den Ausschüssen**

Die Verwaltung informiert darüber, dass im Zuge der weiteren Digitalisierung umfangreiche Anlagen, Berichte, Gutachten oder Pläne zu Vorlagen künftig nur noch digital im Bürger- bzw. Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt werden. Vorlagen und Tagesordnungen werden entsprechend gekennzeichnet.

Weiterhin wird seitens der Verwaltung mitgeteilt, dass man einer früheren Festlegung des Ältestenrates wieder mehr Nachdruck verleihen wird und Niederschriften aus den Ausschüssen nur als erweitertes Ergebnisprotokoll führen wird, keinesfalls als Wortprotokoll, wie sich das in einigen Bereichen wieder entwickelt hat. In einem erweiterten Ergebnisprotokoll wird neben dem Ergebnis lediglich die jeweilige Position der Fraktionen/Gruppierungen dargestellt.

Frau Dr. Mang-Schäfer würde ein schnelles digitales Wortprotokoll einem langsamen Ergebnisprotokoll vorziehen.

Frau Münch-Weinmann dagegen bevorzugt ein übersichtliches Ergebnisprotokoll. In Einzelfällen sollte man aber für Personen ohne Internetzugang eine Papierversion zulassen.

Aus der SWG-Fraktion wird gefragt, ob künftig die Vorlagen komplett digital verschickt werden. Die Verwaltung schlägt vor, in einer Übergangszeit hybrid zu fahren: Tagesordnung und eigentliche Vorlage in Papier, Anlagen digital. Dies gilt nicht für Mandatsträger/innen, die sich bereits für die volldigitale Ratsarbeit entschieden haben. Frau Selg sieht bei sehr großformatigen Plänen u.U. doch den Bedarf eines gedruckten Blattes.

Herr Haupt möchte wissen, ob man dieses Verfahren auch auf Einladungen der OB ausdehnen könne. Auf Wunsch wird laut Vorsitzender nur noch per Mail informiert, soweit die Mailadressen funktionieren.

Der Ältestenrat stimmt den Verwaltungsvorschlägen zu.

**Gegenstand: Verschiedenes**

**Berichte der Beiräte und Beauftragten**

Bezugnehmend auf die Sitzung des ÄR vom 24.09.2019 teilt die Vorsitzende mit, dass man mit der Jahresplanung für die Berichte der Beauftragten/Beiräte beginnen wolle, sofern Zustimmung besteht. Damit verbunden sein sollte eine Aussprachemöglichkeit von ca. 10 Minuten.

Frau Dr. Mang-Schäfer würde eine Art „Modellbericht“ für neue Beiräte für sinnvoll halten. Frau Selg äußert sich ähnlich. Die Berichte seien sehr unterschiedlich. Wer schriftlich vorlege, müsse nicht nochmals vorlesen; dafür könne dann mehr Zeit für eine Aussprache sein. Der Vorschlag dient der Orientierung für alle Beteiligten.

**Feuerwehrbedarfsplanung**

Die Vorsitzende informiert darüber, dass für die Ratssitzung kommende Woche eine geänderte Beschlussvorlage zum Feuerwehrbedarfsplan, mit Änderung von Variante 2 auf Variante 3 (Industriestraße + Wache Nord) vorgelegt wird. Dabei wird auch über die Standortfrage informiert.

**Presseverteiler**

Die Vorsitzende schlägt vor, die Fraktionsvorsitzenden in den Presseverteiler der Stadt aufzunehmen. Dies stößt auf positive Resonanz. Frau Dr. Mang-Schäfer möchte wissen, ob es dafür eine bestimmte Absenderinformation zur Einrichtung einer Filterregelung gibt. Die Verwaltung sagt Prüfung und Mitteilung zu.

**Soziale Medien**

Die Vorsitzende spricht Herrn Haupt persönlich an und befragt ihn zu einem Post vom 15.01. auf seinem Facebook-Profil, in dem „zum Besuch“ bei Frau Seiler und Frau Kabs aufgefordert und die Übermittlung der Privatadresse erbeten wird. Sie möchte wissen, wie er mit solchen Einträgen umgeht und warum das nicht gelöscht wird. Herr Haupt ist dieser Eintrag nach eigenen Angaben nicht bekannt; er betrachtet ihn auch als harmlos. Andererseits kritisiert er seiner Meinung nach ungehörige Posts der OB und anderer politischer Vertreter gegenüber der AfD und seiner Person. Es schließt sich eine persönlich geführte Diskussion darüber an.

**Überlassung städtischer Räume**

Herr Dr. Wilke erkundigt sich nach einem Sachstandsbericht dazu, nachdem es im Kommunalwahlkampf diesbezüglich Auseinandersetzungen gab. Er schlägt vor, eine Überlassung von der Unterstützung der kürzlich verabschiedeten Antidiskriminierungserklärung abhängig zu machen. Dieser Vorstoß wird von der Linken und den Grünen unterstützt. Die Vorsitzende kündigt die Vorlage von juristisch geprüften Haus- und Überlassungsordnungen in Kürze an.

**Antragscontrolling**

Frau Münch-Weinmann fragt nach Überlassung einer kompakten Zusammenfassung der bisherigen Ratsbeschlüsse wie in der Vergangenheit. Die Vorsitzende erläutert, dies sei hausintern bereits beraten worden. Eventuell kann ein Beschlusscontrolling im Sitzungsdienstprogramm erfolgen. Die Verwaltung wird Entsprechendes prüfen und vorlegen.

#### 4. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 28.01.2020



#### 4. Sitzung des Ältestenrates 28.01.2020 **Stefanie Seiler**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!